

Medienmitteilung der Verbändekonferenz der Stadt St.Gallen

28.9.2023

Die meisten Angestellten der Stadt St.Gallen arbeiten nicht in der Teppichetage, sondern im Parterre!

Die Personalverbändekonferenz der Stadt St.Gallen fordert eine Lohnerhöhung von mindestens 3%. Um die aufgelaufene Teuerung der letzten Jahre, den vollen Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen zu bezahlen bräuchte es wesentlich mehr. Die 3% sind kein Luxus, sondern ein absolutes Muss.

Der «Fachkräftemangel» ist eklatant, vor allem bei den vbsg, in vielen technischen Bereichen, bei der Stadtpolizei, bei der Feuerwehr und in der Verwaltung. Die teils schwierigen Arbeitsbedingungen in den Branchen des Service public erschweren nicht nur die Rekrutierung von ausreichendem und auch ausreichend qualifiziertem Personal, sie sind oftmals auch der Auslöser für eine hohe Fluktuation in der Belegschaft oder einen regelrechten Exodus in gewissen Berufen. Die Privatwirtschaft ihrerseits hat die Löhne in der Region bereits an die Teuerung angepasst, was die Situation bzw. die Ungleichheit zusätzlich verschärft hat.

Für viele Dienststellen ist es im Moment fast ein Ding der Unmöglichkeit, die offenen Stellen zufriedenstellend zu besetzen. Das bedeutet im Umkehrschluss, es muss alles darangesetzt werden, nicht noch mehr offene Stellen zu schaffen. Das gute, qualifizierte st.galler Personal zu halten hat höchste Priorität. Es darf keine Abgänge mehr geben!

Die Stadt steht in der Verantwortung, den Gesundheitsschutz ihrer Angestellten zu gewährleisten. Die Behebung des Personalnotstands, also des «Fachkräftemangels» ist ein wesentlicher Teil zur Erhaltung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber. Ohne eine Erhöhung der Löhne wird diese im Verhältnis zur Privatwirtschaft weiterhin und zum dritten Mal in Folge verschlechtert.

Die Lebenshaltungskosten sind seit Ende 2020, seit die Inflation zurück ist, um 6% gestiegen. Dies gemäss dem Landesindex für Konsumentenpreise (LIK), welcher die Preisentwicklung der für die privaten Haushalte bedeutsamen Waren und Dienstleistungen misst und die Explosion der Krankenkassenprämien nicht einmal berücksichtigt.

Der Reallohnrückstand ist bereits enorm. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) beziffert ihn auf 2000 Franken pro Arbeitnehmende/n in der Schweiz. Geld, das die Arbeitnehmenden durch die Differenz zwischen Teuerung und Lohnentwicklung verloren haben.

Die hohen Preise stellen eine enorme Belastung für die Angestellten der Stadt dar. Die Lebenshaltungskosten sind immer schwieriger zu stemmen. Ohne Lohnerhöhungen sinkt der Lebensstandard weiter. Das wiederum dämpft die Konsumbereitschaft der Bevölkerung und trifft damit auch die Privatwirtschaft.

Wenn die Stadt St.Gallen auf eine angemessene Anpassung der Löhne verzichtet, riskiert sie einen weiteren, enormen Wettbewerbsnachteil auf dem Arbeitsmarkt.

Die städtischen Angestellten sorgen dafür, dass wir mit dem wichtigsten Lebensmittel - Wasser - und genügend Energie versorgt werden. Sie bewegen unsere Busse, halten die Stadt und deren Gebäude sauber und intakt, retten Leben und sind für unsere Sicherheit besorgt. Diese Leistungen gilt es

angemessen zu entlönnen. Bei gleicher Leistung Ende Monat weniger Geld im Portemonnaie zu haben, tut weh und ist frustrierend.

Für weitere Auskünfte:

Alexandra Akeret, Regionalsekretärin vpod ostschweiz, 079 424 98 37

Andreas Mattle, Verband der Stadtpolizei, 071 727 97 87